

NÜRNBERGER

Nachrichten

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, LOKALES, WIRTSCHAFT, KULTUR UND SPORT.

Dienstag, 18. September 2018 · Ausgabe A

nuernberger-nachrichten.de

74. Jahrgang · B 5393 · Nummer 216 · Einzelpreis: 1,70 Euro

Klinik-Chef soll zurücktreten

Ansbach: Sonderprüfer decken eine Fülle von Unregelmäßigkeiten auf

VON HANS PETER REITZNER
UND MICHAEL KASPEROWITSCH

ANSBACH – Eine Fülle möglicher Gesetzesverstöße und Fehler im Management haben die Rechtsanwälte festgestellt, die eine Sonderprüfung bei den Bezirkskliniken Mittelfranken durchgeführt haben. Im Bezirkstag sind deshalb gestern bereits Rücktrittsforderungen gegen Klinikvorstand Helmut Nawratil und Bezirkstagspräsident Richard Bartsch (CSU) laut geworden.

Vor allem in den Bereichen Bau und Vergabewesen hätten die Prüfer Unregelmäßigkeiten, Rechtsverstöße und zum Teil auch den Verdacht auf Straftatbestände aufgedeckt, heißt es in

ihrem Bericht. Dabei geht es eventuell um Haushaltsuntreue. Den Bezirkspolitikern im Verwaltungsrat als Kontrollorgan wird dringend empfohlen, die für Zuschüsse zuständigen Stellen zu informieren, weil durch die Verstöße auch Fördermittelrisiken drohen. Am Rande der Bezirkstagssitzung war unter Experten schon die Rede davon, dass die Staatsanwaltschaft von sich aus Ermittlungen aufnehmen müsse.

In erheblichem Umfang hätten die Bezirkskliniken Vergaben von Bauleistungen mangelhaft oder gänzlich falsch durchgeführt, kritisierte der Vergaberechtler Arnd Bühner aus Nürnberg in seinem Bericht. Dadurch seien erkleckliche Mehrkosten entstanden. Im Personalbereich gaben zahlreiche ehemalige Mitarbeiter in

Interviews mit den Prüfern das Verhalten des Vorstands als Grund für ihr Ausscheiden an. Zugleich seien Kündigungen eines Chefarztes sowie des Fachbereichsleiters Bau „nicht gerechtfertigt“ gewesen, monierte der Arbeitsrechtler Hans Link.

In der Diskussion über den Bericht im Bezirkstag wurde vor allem bei SPD und Grünen deutlich, dass sie sich eine weitere Zusammenarbeit mit Manager Helmut Nawratil nicht mehr vorstellen können. Entschieden wird darüber aber erst zu einem späteren Zeitpunkt. Die CSU, die Nawratil bisher vorbehaltlos gedeckt hatte, hielt sich zurück. In die Schusslinie geriet allerdings auch Bezirkstagspräsident Bartsch.

(Kommentar S. 2, Reportagen S. 3)

Grüne sprechen bereits von einem „K.-o.-Schlag“ für Nawratil

Der umstrittene Klinikvorstand verliert wegen seines mangelhaften Managements den Rückhalt vieler Politiker im mittelfränkischen Bezirkstag

VON MICHAEL KASPEROWITSCH

ANSBACH – Die Debatte im Ansbacher Bezirkstag beginnt in einem harmlosen Plauderton. Es gibt ein paar sachliche Nachfragen, einige Details werden nachgeliefert, Ergebnisse der Prüfer leise in Zweifel gezogen. Eine knisternde Spannung ist im Sitzungssaal erst spürbar, als Gisela Niclas, die SPD-Fraktionschefin ausspricht, was die logische Folge dessen ist, was die Experten gerade verkündet haben.

Eben haben die vier Juristen, welche die Arbeit Helmut Nawratils, des umstrittenen Vorstandes der Bezirkskliniken Mittelfranken, in den vergangenen Wochen einer intensiven Untersuchung unterzogen hatten, ihre Ergebnisse vorgetragen. Das Papier wurde als geheime Verschlussache behandelt. Um 9 Uhr vormittags haben die elf Mitglieder des Verwaltungsrates den Bericht bekommen, jene Bezirksräte, die Nawratil zu kontrollieren haben.

Hinter verschlossenen Türen

Fast vier Stunden saßen sie danach hinter verschlossenen Türen zur Beratung zusammen. Dann präsentierten die Prüfer die wesentlichen Punkte öffentlich vor allen 30 Bezirksräten und einer dicht besetzten Zuschauertribüne. Da sind sonst eher noch Stühle frei. Die Arbeit im Bezirkstag, dessen Mitglieder am 14. Oktober zusammen mit den Landtagsabgeordneten neu gewählt werden, stößt meist auf gebremstes Interesse. Heute geht es allerdings um eine Art Schlussbilanz der seit über einem Jahr anhaltenden Debatte über Nawratils Management.

Gisela Niclas beginnt mit ein paar allgemeinen Vorbemerkungen, ehe sie

deutlicher wird. Es gehe längst nicht mehr nur um die Person des Klinikvorstands Nawratil. Der Manager ist bereits seit vielen Wochen wegen Krankheit arbeitsunfähig geschrieben. Von der Welle, die heute im Bezirkstag über wichtige Teile seiner Arbeit bedrohlich zusammenschlägt, bekommt er also nichts mit.

Aber die SPD-Politikerin aus Erlangen denkt bereits weiter: „Wir müssen jetzt die Strukturen bei den Bezirkskliniken überdenken, die Weichen in dem Kommunalunternehmen müssen neu gestellt werden.“ Allzu deutlich hätten die Prüfer gemacht, dass die Kontrolle ebenso verbesserungsbedürftig sei wie das Bemühen um Transparenz. Es gebe jetzt einiges nachzuarbeiten.

Dann kommt sie zum entscheidenden Punkt: „Wir brauchen einen Neuanfang.“ Die Fakten, die die Prüfer

eben verkündet haben, ließen es nicht zu, das, was offenbar falsch gelaufen ist, „irgendwie zu reparieren“.

Ihre Partei habe sich, so Niclas, bisher mit einer abschließenden Äußerung zu Nawratil öffentlich zurückgehalten, jetzt sei aber klar, dass der Neuanfang mit ihm an der Spitze nicht mehr gelingen könne. Der Sonderprüfbericht habe deutlich gemacht, dass die Klinikspitze nicht immer alle wichtigen Informationen auf den Tisch gelegt habe.

Nach „Gutsherrenart“

Horst Krömker, ein Fraktionskollege von Niclas, pflichtet ihr bei: „Es sind personelle Konsequenzen notwendig.“ Helmut Nawratil habe die Bezirkskliniken nach „Gutsherrenart“ geführt. Dabei habe er, der Vorstand, durchaus Erfolge zu verzeichnen, das dürfe man nicht verkennen. Das ändert für Krömker aber nichts daran,

dass die Bezirkskliniken eine neue Führung bräuchten, um die Mängel zu beheben.

Die Grünen im Ansbacher Bezirkstag gehörten zu denen, die sich besonders hartnäckig und ausdauernd für eine Aufarbeitung der Affäre Nawratil eingesetzt haben. Grünen-Fraktionschef Daniel Arnold kennt viele Details und spricht jetzt von der „Spitze eines Eisbergs“, die die Prüfer nun für alle sichtbar gemacht hätten. „Ich bin schockiert“, sagt Arnold, „dieses Ausmaß an Verstößen und Fehlern hätte ich nicht erwartet.“

Arnolds Fraktionskollege Klaus Hiemeyer wertet den Bericht als „Watschn für den Vorstand, die nicht größer sein kann“. Sie sei ein „K.-o.-Schlag“. Auch Hiemeyer traut dem Manager nicht mehr zu, die anstehenden Aufgaben zum Nutzen der Kli-

niken, ihrer Beschäftigten und der Patienten zu bewältigen.

Etwas zurückhaltender geht Armin Kroder von den Freien Wählern (FW) mit Nawratil ins Gericht. Das Prüfergebnis ärgere ihn sehr. Er sehe sich getäuscht. Der Laufer Landrat fühlt sich an das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern erinnert. Bekanntlich entlarvte da ein Kleinkind den Herrscher als nackt. „Ich bin gespannt, welche Kleider er noch anhat“, meint Kroder mit Blick auf Nawratil.

Wieder nicht öffentlich

In der kommenden Woche wird die Klinikspitze vor den elf Verwaltungsräten ihre Sicht der Dinge zu dem Prüfbericht kundtun. Das geschieht dann aber wieder in nicht-öffentlicher Sitzung. Ob dann schon eine Entscheidung über die Zukunft von Helmut Nawratil fällt, ist völlig offen. „Ich bin gespannt, was wir da zu hören bekommen“, sagt Kroder.

Die CSU-Bezirksräte springen in der Sitzung längst nicht mehr so auftrumpfend für den umstrittenen Klinikchef in die Bresche. Sie äußern nur sehr zurückhaltend Zweifel an der Arbeit der Prüfer und wollen abwarten, wie die Verteidigungsstrategie der Klinikspitze in der nächsten Woche aussieht. „Erst dann werden wir sehen, welche Schritte einzuleiten sind“, meint Peter Daniel Forster, der CSU-Fraktionsvorsitzende.

Uwe Schildbach von der Partei Die Linke geht einen Schritt weiter: Nawratil dürfe nicht als „Bauernopfer“ fallen. Es gehe auch um die politische Verantwortung für die Misere. Er spricht dabei direkt Bezirkstagspräsident Richard Bartsch und seine CSU an. Auch die müssten Konsequenzen ziehen.



Ernste Miene bei Bezirkstagspräsident Richard Bartsch (4. v. re.), als die Sonderprüfer um Arnd Bühner (4. v. li.) die Ergebnisse ihrer Untersuchung zu den Geschäftspraktiken von Vorstand Helmut Nawratil präsentieren. Foto: Jim Albricht/flz

Ära Nawratil kurz vor dem Ende

Nach SPD und Grünen rückt nun auch die CSU vom Ansbacher Klinikchef ab

VON MICHAEL
KASPEROWITSCH

ANSBACH – Die Tage von Helmut Nawratil als Vorstand der Bezirkskliniken Mittelfranken sind gezählt. Jetzt geht auch die CSU deutlich auf Distanz zu dem seit über einem Jahr umstrittenen Manager.

Unmittelbar nach dem Bericht der Sonderprüfer im Ansbacher Bezirkstag hatten bereits die Grünen und die SPD jede weitere Zusammenarbeit mit Nawratil für unmöglich erklärt. Wie gestern berichtet, hatten die Prüfer dem Klinikvorstand in wichtigen Bereichen ein eklatantes Versagen bis hin zu unter Umständen strafwürdigen Gesetzesverstößen bescheinigt.

In der Sitzung selbst hatte sich die CSU mit einer Rücktrittsforderung an Nawratil noch zurückgehalten. Bereits kurz darauf trafen sich die CSU-Bezirksräte abends allerdings zu einer Fraktionssitzung, auf der sie einen bemerkenswerten Beschluss fassten.

Schon in der nächsten ganztägigen Sitzung des Verwaltungsrates – das Gremium tagt stets nichtöffentlich – am kommenden Dienstag soll nach dem Willen der CSU nun ein Jurist



Helmut Nawratil ist bereits seit über zwei Monaten krankgeschrieben. Foto: Lorenz Bomhard

den Bezirksräten aufzeigen, „in wie weit eine Abberufung der Organstellung ‚Vorstand‘ erfolgen kann“, wie es im Antrag heißt. Ferner will die CSU dabei klären, in wie weit eine sofortige Freistellung von Helmut Nawratil „unter den aktuellen Rahmenbedingungen“ erfolgen könne.

Gegenüber unserer Zeitung nannte Peter Daniel Forster, der CSU-Fraktionsvorsitzende, vor allem zwei Punkte für diese 180-Grad-Wende. Noch bis vor kurzem waren er und Bezirksstagspräsident Richard Bartsch (CSU), der dem Verwaltungsrat vorsitzt, glühende Verfechter der Arbeitsweise Nawratils. Dabei sind einige der mas-

siven Kritikpunkte seit vielen Monaten bekannt (wie mehrfach berichtet).

Das betrifft auch die Vorgänge um die Kündigung eines Chefarztes in Erlangen, auf die sich CSU-Mann Forster nun beruft. In dem Prüfbericht ist festgehalten, dass die Zustimmung des Verwaltungsrates zu diesem Schritt „aufgrund einer unrichtigen Darstellung“ herbeigeführt worden sei, das heißt schlicht, Nawratil hat die Bezirksräte falsch informiert. Der Bezirk musste dem Arzt eine Abfindung in Höhe von 168 000 Euro zahlen. Unsere Redaktion berichtete darüber bereits im Juli 2017.

Im zweiten Punkt, den Forster nennt, geht es um Firmenbeteiligungen Nawratils. Der Manager hatte diese verneint, der Prüfbericht hält aber fest, dies sei „unzutreffend“. Seine, Nawratils, Antworten ließen den Schluss zu, dass er „Vergütungen von Dritten neben der Vorstandsvergütung bezogen hat“.

Ein Blick in seine Steuerunterlagen hätte Nawratil entlasten können. Den wollte er den Prüfern aber nicht gewähren. Das muss er auch nicht tun.

Für die SPD im Bezirkstag ist inzwischen klar, dass in puncto Nawratil ein schnelles Ende gefunden werden müsse, und zwar ohne Abfindung, wie SPD-Fraktionschefin Gisela Niclas betont. Dem Manager stehen laut Dienstvertrag bei einem vorzeitigen Ausscheiden Hunderttausende von Euro zu.

hat die CSU die Gangart gewechselt. Ob ein dezenter Hinweis aus dem Innenministerium den Sinneswandel beschleunigt hat?

Fest steht, dass die CSU-Mehrheit im Kontrollorgan Verwaltungsrat und zuvorderst Richard Bartsch als dessen Vorsitzender ihre Aufsichtspflicht sträflich vernachlässigt haben, um einem genehmen Vorstand aus durchsichtigem politischen Kalkül die Stange zu halten. Erstaunlich, dass Markus Söder diese Kontrolleure nach Gutsherrenart so lange hat schalten und walten lassen. Denn was sie alle fürchten müssen, ist die Quittung der Wähler am 14. Oktober. HANS PETER REITZNER

Sträflich

Kontrolle nach Gutsherrenart

siv an die Adresse Nawratils gerichtet werden. Doch damit ist seit der Sitzung am Montag Schluss. Zu gravierend ist die Liste der von den Prü-

DER KOMMENTAR

fern aufgedeckten Regelverstöße und eventuell sogar Straftaten, die an der Spitze der Bezirkskliniken begangen worden sind. Über Nacht

Keine „Eins mit Stern“

Anwalt Arnd Bühner über Verantwortung und Kontrolle

Arnd Bühner, Nürnberger Fachanwalt für Vergaberecht, hat im Bezirkstag als Sprecher des beauftragten Rechtsanwalts-Konsortiums den Sonderprüfbericht über Unregelmäßigkeiten bei den Bezirkskliniken vorgestellt. Unsere Redaktion hat einige Punkte im Gespräch mit dem Juristen vertieft.

Herr Bühner, wie weit geht die Verantwortung eines Vorstands im Unternehmen?

Arnd Bühner: Der Vorstand ist primär dafür verantwortlich, dass die Regeln und Gesetze im Unternehmen eingehalten werden. Man nennt dies Compliance. Es wird nicht verlangt, dass der Vorstand alles weiß, was im Unternehmen passiert. Aber wenn konkrete Verdachtsmomente bestehen, muss er dem nachgehen. Einerseits, um zivilrechtliche Haftung auszuschließen, andererseits, um Straftaten zu vermeiden. Auf Grund der Rechtsprechung zur Managerhaftung müssen organisatorische Vorkehrungen getroffen werden, das sogenannte Compliance-Management-System.

Wie verhält es sich mit der Verantwortung des Verwaltungsrates mit dem Bezirksstagspräsidenten an der Spitze?

Bühner: Die Aufsichtsorgane sollten an der Einrichtung des Kontrollsystems aus eigenem Interesse mitwirken und dies erforderlichenfalls auch eigeninitiativ anstoßen. Häufig wird eine unabhängige dritte Person benannt, an die sich ein Beschwerdeführer anonym wenden kann. Dies wurde bei der Sonderprüfung erfolgreich praktiziert. Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben eine Vermögensbetreuungspflicht, deshalb sollten sie diese Aufgabe auch im ureigenen Interesse ernst nehmen. Denn es ist möglich, dass auch die einzelnen Mitglieder in die Haftung genommen werden, wenn sie ihre Aufsichtspflichten verletzen, die Augen zumachen und Hinweisen nicht nachgehen.

Schon 2017 ist das bayerische Innenministerium nach Vorwürfen in der Presse eingeschaltet worden. Sein Bericht im April 2018 fiel harmlos aus. Eine seltsame Diskrepanz zu Ihren Ergebnissen?

Bühner: Es gibt häufig Erwartungslücken. Die Rechtsaufsicht ist keine Super-Revisionsinstanz. Sie ermittelt in der Regel nicht selbst, sondern beurteilt ihr vorgelegte Sachverhalte. Es gilt zunächst das Prinzip Vertrauen. Deshalb waren wir nicht überrascht, als wir nach intensivem Aktenstudium zu etwas abweichenden Einschätzungen gekommen sind.

Es soll eine erste Fassung des Ministeriumsberichts geben, die aber vor der Veröffentlichung entschärft worden sei.

Bühner: An Spekulationen beteilige ich mich nicht.

Der Bezirksstagspräsident sprach sogar davon, man habe eine „Eins mit Stern“ attestiert bekommen.

Bühner: Eine Schulnote habe ich nicht gelesen. Wer aber den Ministeriumsbericht

sorgfältig liest, kann durchaus Kritik feststellen, wenn auch sehr vornehm formuliert.

In Ihrem Bericht ist mehrfach von Fördermittelrisiko die Rede. Heißt das, dass Zuschüsse zurückgezahlt werden müssen?

Bühner: Fördermittelbescheide verpflichten den Subventionsempfänger regelmäßig dazu, europäische Vergabebestimmungen einzuhalten. Wer die Regeln missachtet oder falsche Angaben im Antragsverfahren macht, riskiert den Verlust der Fördermittel. Schlimmer noch kann der Tatbestand des Subventionsbetrugs erfüllt sein, wenn der Fördermittelstelle falsche Angaben gemacht werden. Unternehmen, die solche Risiken erkannt haben, sind gut beraten, zügig eine Inventur zu machen. Die Risiken unter den Teppich zu kehren, wäre sehr gefährlich.

Interview: HANS PETER REITZNER



„Unter den Teppich kehren ist gefährlich“: Arnd Bühner (li.), beobachtet von Bezirksstagspräsident Bartsch. F.: Jim Albright

Klinikaffäre: Sonderprüfer stellen viele Ampeln auf Rot

Der Bericht der Anwälte fällt verheerend aus — Bauvergaben bei den Bezirkskliniken häufig fehlerhaft — Ungerechtfertigte Kündigungen

VON HANS PETER REITZNER

ANSBACH – Er wünsche allen eine „interessante Sitzung“, sagt Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, bevor die Bezirksräte sich versammeln. Und sein Wunsch geht so rasch in Erfüllung, dass es manchen Politiker(inne)n im Plenarsaal des Bezirksrathauses in Ansbach für geraume Zeit die Sprache verschlägt.

Sie sehen hauptsächlich rote Ampeln. Mit diesem Symbol nämlich haben die Prüfer unzureichende, fehlerhafte oder sogar gesetzeswidrige Vorgänge gekennzeichnet. Grüne Ampeln suchen die Bezirksräte meist vergeblich.

Denn in seltener Klarheit und Deutlichkeit geben die Juristen der Peritinos AG aus Berlin, der Link Siry Rechtsanwälte und der Bühner & Partner Rechtsanwälte, beide Kanzleien aus Nürnberg, ihre Statements ab. Sie sind beauftragt worden, einen Sonderprüfbericht über fragwürdige Praktiken beim Kommunalunternehmen Bezirkskliniken Mittelfranken zu recherchieren und zu erstellen.

Gleich zu Beginn macht Arnd Bühner, Fachanwalt für Vergaberecht und Vorsitzender des Prüfungsausschusses der Fachanwaltschaft Vergaberecht der Kammern Nürnberg und Bamberg, deutlich: Das Gutachten basiert im Wesentlichen auf den bereitgestellten Unterlagen und vertraulichen Interviews. Aber: Der Datenraum, der von den Bezirkskliniken eingerichtet worden war, ist lange Zeit „nur sehr unvollständig“ befüllt gewesen. Andere Unterlagen mussten mehrfach nachgefordert und nachgebessert werden. Und: „Die Prüfer halten es für überwiegend wahrscheinlich, dass ihnen nicht alle relevanten Sachverhaltsangaben zugänglich gemacht wurden“, so Bühner vor zum Teil sichtlich betroffenen Bezirkspolitikern. „Zum Teil existieren erhebliche Dokumentationslücken.“

Komplex Bau

Weshalb verzögerte sich die Baugenehmigung für die Errichtung einer 100-Betten-Klinik in Fürth um mehr als zwei Jahre? Die Stadt Fürth vermutete aufgrund einer Sondierbohrung einen Stollen oder alten Bierkeller („Meiers Keller“) in unmittelbarer Nachbarschaft. Hätten die Bezirkskliniken weitere Bohrungen schon im Herbst 2016 statt im April 2018 veranlasst, hätte die

Genehmigung erheblich beschleunigt werden können. Mehrkosten für das Kommunalunternehmen und damit für den Steuerzahler: 821.330 Euro. Die Dokumentation der Bauakten ist in diesem wie in vielen anderen Fällen laut dem Bericht völlig unzureichend. Die Vergabe war fehlerhaft, es ist ein Fördermittelrisiko entstanden. Das heißt: Es ist unklar, ob Zuschüsse rechtlich einwandfrei behandelt worden sind.

Festplatte gelöscht

Ebenso beim Erweiterungsbau der Forensischen Klinik in Erlangen: (Ab-)Wasserleitungen im Baugrund übersehen, fehlerhaft ausgeschriebene Leistungen, erhebliche Mängel, eine Festplatte mit wesentlichen Teilen der Baukorrespondenz wurde gelöscht, der Vorstand hätte Bescheid wissen müssen. Mehrkosten: 6,6 Millionen Euro. Dazu kommt: Seltsamerweise erhielten die selben Bauunternehmen den Zuschlag wie beim Projekt in Fürth.

Schlechte Projektmanagement, fehlerhafte Ausschreibungen und mangelhafte Kontrolle attestieren die Prüfer beim Neubau des Rechenzentrums in Ansbach. Statt der ersten Kostenschätzung von 186.000 Euro muss mit bis zu 2,7 Millionen gerechnet werden. Mit dem Bau ist begonnen worden, ohne dass eine Bau- und Denkmalschutz-Genehmigung vorlag. Klima- und Kälteanlagen sind zu früh bestellt worden und mussten teuer zwischengelagert werden.

Das Rechenzentrum kann nicht bis 2019 fertiggestellt werden. Dann aber muss die elektronische Patientenakte eingeführt sein – dies wird nicht funktionieren.

Wie bei den meisten Projekten müssen die Mängel gegenüber der Fördermittelstelle eingestanden werden, sonst drohen Zuschusskürzungen, warnen die Prüfer. Mehr noch: Die bereits vergebenen Planer- und Bauverträge müssten beendet und regelgerecht neu ausgeschrieben werden.

Vergaben von Arbeiten

Hier haftet die Vorstandsebene zivilrechtlich. Strafrechtliche Sanktionen sind durch wettbewerbsbeschränkende Absprachen, (Haushalts-)Untreue, Vermögensgefährdung, unterbliebenes Einschreiten gegen rechtswidrige Taten eines Untergebenen, Verrat von Geschäftsgeheimnissen und Subventionsbetrug möglich.



Gespannte Stimmung im Bezirkstag: Im Sitzungssaal werden die deutlichen Ergebnisse einer Sonderprüfung zur Situation bei den Bezirkskliniken Mittelfranken vorgestellt. Foto: Jim Albright/fiz

Generell, so die Prüfer, haben die Bezirkskliniken ihre eigene zentrale Vergabestelle vielfach umgangen und „überwiegend unzulässige Direktvergaben“ organisiert – vor allem bei Bauvergaben und bei der Beauftragung der Einkaufsgenossenschaft Clinicpartner, die Vorstand Helmut Nawratil schon aus seiner Bamberger Zeit kannte. Hinzu kommt: Vergaberechtswidrige Beraterverträge, so der Befund, werden bis heute weiter genutzt.

Kritik übt Vergaberechter Bühner auch an der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die zum einen die jährlichen Jahresabschlussprüfungen der Bezirkskliniken von 2010 bis 2015 gewissermaßen mit einem Persilschein versehen hat, zum anderen zusätzlich für Beraterleistungen 2,8 Millionen Euro berechnet hat.

Vor der Vergabe der Fahrzeugflotte der Bezirkskliniken an einen Ansbacher Autoverleiher sei das Angebot unzulässigerweise an einen Konkurrenten weitergegeben worden; letztlich wurde nicht ausgeschrieben. Eine Strafverfolgung wurde nicht eingeleitet. Alles in allem seien die Vergütungen bei den ohne Wettbewerb zugeteilten Aufträgen meist in ihrer Höhe zweifelhaft.

Gab es Interessenkollisionen Nawratils mit anderen Firmen, an denen er auch beteiligt ist? „Keine Beteiligungen“, schrieb der Klinik-Chef den Prüfern. „Unzutreffend“, mindestens eine Beteiligung wurde noch gehalten, urteilen die Kontrolleure. Die Einkommensteuerklärungen, die absolute Klarheit hätten liefern können, legte Nawratil nicht vor. Die Chance, den Entlastungsbeweis zu führen, habe der Manager also nicht genutzt, bedauert Prüfer Bühner.

Das Personal

In 47 vertraulichen Interviews „vom Gärtner bis zum Chefarzt“ haben fast alle Beschäftigten über eine „extrem dünne Personaldecke“ geklagt, bilanzieren die Prüfer. Ungeachtet dessen habe der Vorstand penetrant Kritik an angeblich unwirtschaftlichen Verhaltensweisen geübt.

Klar ist für die Prüfer: Der Chefarzt des Zentrums für Neurologie und der Fachbereichsleiter Bau wurden auf Nawratils Betreiben zu Unrecht gekündigt. Sie kassierten dementsprechend hohe Abfindungen.

(Siehe auch Reportage unten; weitere Berichte folgen)

Nawratil muss sich erst nach der Wahl erklären

Frist für Stellungnahme des umstrittenen Vorstands der Bezirkskliniken wurde auf den 15. Oktober verlängert

VON ANDRÉ AMMER

ANSBACH – Die Affäre um Helmut Nawratil schwelt weiter. Dem vorläufig von seinen Rechten und Pflichten freigestellten Vorstand der Bezirkskliniken Mittelfranken ist nun vom Verwaltungsrat eine weitere Frist zu einer Stellungnahme eingeräumt worden.

Ursprünglich hätte sich der bereits seit vielen Wochen arbeitsunfähig geschriebene Klinikmanager bis zum 4. Oktober um 18 Uhr zu der Sonderprüfung erklären müssen, die eine Fülle möglicher Gesetzesverstöße und Fehler im Management festgestellt hatte. Da Nawratil das aber nicht geschafft hatte, legte der Verwaltungsrat der Bezirkskliniken in seiner gestrigen Sitzung den 15. Oktober, also den Tag nach der Landtags- und Bezirkstagswahl, als neuen Stichtag fest. Damit ist auch die Frage vertagt, ob und gegebenenfalls wann das Gremium dem Vorstand formell kündigen kann.

Darüber hinaus lehnte der Verwaltungsrat, in dem die meist durch die fraktionslose Karin Knorr unterstützte CSU die Mehrheit hat, die Forderungen einer bunten Koalition aus SPD, Grünen, Freien Wählern sowie den Bezirkstagsmitgliedern Uwe Schildbach (Die Linke) und Daniel Gruber (Piratenpartei) ab. Unter anderem hatte das Bündnis gefordert, dass der Bezirkstag weiterhin mit den Prüfern zusammenarbeitet, die bei der Sichtung der Unterlagen vor allem in den Bereichen Bau und Vergabewesen viele Unregelmäßigkeiten, Rechtsverstöße und zum Teil auch mutmaßliche Straftatbestände aufgedeckt hatten.

Klage gegen Innenministerium

Mittlerweile haben die SPD und Uwe Schildbach Strafanzeige gegen Nawratil gestellt, während die Rechtsaufsichtsbehörde im Bayerischen Innenministerium eine Stellungnahme des Verwaltungsrats zu dem Sonderprüfungsbericht angefordert hat. Bis 31. Oktober hat das Kontrollgremium der Bezirkskliniken Zeit, sich zu einigen bei der Sonderprüfung zutage geförderten Kritikpunkten zu äußern. Zum Beispiel zu der Frage, wie sie mit



Vor knapp drei Wochen hatten die Sonderprüfer um Arnd Bühner (3. v. r., daneben Bezirkstagspräsident Richard Bartsch) die Ergebnisse ihrer Arbeit präsentiert. Klinikchef Helmut Nawratil wurde daraufhin vorläufig freigestellt. Foto: Diane Mayer

der Empfehlung der Prüfer umgeht, vergaberechtswidrig abgeschlossene Planungs- und Beraterverträge zu beenden und auf eine rechtskonforme Grundlage zu stellen.

Nach dem Empfinden der Grünen-Fraktion im Bezirkstag hat das Innenministerium jedoch viel zu lange den Vorgängen in den Bezirkskliniken zugehört. Grünen-Bezirksrat Klaus Hiemeyer hat deshalb eine Untätigkeitsklage gegen die Rechtsaufsichtsbehörde eingereicht. Wenn das Ministerium früher tätig geworden wäre, hätte es viel früher die Misswirtschaft des Vorstands und dessen vorsätzliche Falschinformationen gegenüber dem Verwaltungsrat erkennen können, kritisiert Hiemeyer.

Des Weiteren hatte die SPD den Verwaltungsrat aufgefordert, ebenfalls Strafanzeige gegen Nawratil zu stellen. Bezirkstagspräsident Richard Bartsch (CSU) und die Mehrheit der

Mitglieder im Verwaltungsrat lehnten diesen Antrag bei ihrer gestrigen Sitzung jedoch ab. Darüber hinaus beschloss das Gremium, die Ergebnisse der Sonderprüfung einer weiteren Prüfung zu unterziehen. „Ein unfassbarer Vorgang. Die CSU ist offenbar weder bereit, einen klaren Trennungsstrich zu ziehen, noch aus Fehlern zu lernen. Sie setzt weiter auf Verzögern, Verschleppen und Aussitzen“, erklärt SPD-Verwaltungsrat Horst Krömker.

Einflussnahme verhindern

Seine Fraktion hatte den Verwaltungsrat außerdem aufgefordert, jegliche Einflussnahme des freigestellten Vorstandes zu verhindern. Nawratil ist zwar gezwungen, seinen Schlüssel abzugeben, und darf keinen Mailverkehr mehr von und für die Bezirkskliniken vornehmen, kann aber trotzdem noch Dienstanweisungen erteilen. Deswegen sollte Verwaltungsratsvorsitz-

zender Bartsch nach dem Willen von SPD, Grünen und Piratenpartei eine Arbeitsanweisung an alle Beschäftigte der Bezirkskliniken herausgeben, dass sie etwaige Anweisungen des Klinikmanagers umgehend mitteilen.

Damit soll auch verhindert werden, dass Material beseitigt wird, das Nawratil gezielt ein weiterer Antrag der SPD, unverzüglich eine gelöschte Festplatte sicherzustellen, auf der sich wesentliche Teile einer Korrespondenz rund um einen Erweiterungsbau befanden. Diese Daten, die etwa Rückschlüsse auf fehlerhaft ausgeschrieben Leistungen ermöglichen könnten, sollten wiederhergestellt und ausgewertet werden, so die Forderung der Sozialdemokraten. Nun aber gewährte der Verwaltungsrat dem freigestellten Manager wieder Zugang zu Akten der Bezirkskliniken. Allerdings muss eine Aufsichtsperson dabei sein.